



**jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus**

Tätigkeitsbericht:

**Auswahl an Veranstaltungen und
Veröffentlichungen des Jüdischen Forums für
Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)**

2012

1. AUFGABEN DES JFDA.....	3
2. VERANSTALTUNGEN UND KOOPERATIONEN IM RAHMEN DER ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG UND FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS.....	4
DEUTSCHE JUDEN – ZUKUNFT IN DEUTSCHLAND. DISKUSSION MIT GÄSTEN AUS MEDIEN, RELIGION UND WISSENSCHAFT.....	5
KUNDGEBUNG: SOLIDARITÄT MIT ISRAEL! BEFREIT GAZA - VON DER HAMAS!.....	7
AUFRUF ZUR KUNDGEBUNG AM 9. SEPTEMBER – GEMEINSAM GEGEN BESCHNEIDUNGSVERBOT! 8	
PRESSESPiegel VOM 09. SEPTEMBER 2012 ZUM THEMA	11
PROTESTKUNDGEBUNG GEGEN DEN "AL QUDS-MARSCH" IN BERLIN AM 18. AUGUST 2012	22
AUFRUF: PROTEST GEGEN DEN `AL-QUDS-TAG 2012`.....	23
PODIUMSDISKUSSION: INDIVIDUELLE RELIGIONSFREIHEIT NACH DEM BESCHNEIDUNGURTEIL....	25
IRAN UND DER WESTEN: EINE ZUKUNFT ZWISCHEN DIPLOMATIE UND ATOMKRIEG.....	27
3. PRESSEMITTEILUNGEN (AUSWAHL).....	29
13. DEZEMBER 2012: BUNDESTAG BILLIGT BESCHNEIDUNGEN.....	30
26. SEPTEMBER 2012: ANGRIFF AUF DEN GENERALSEKRETÄR DES ZENTRALRATS DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, STEPHAN KRAMER.....	31
29. AUGUST 2012: ANTISEMITISCHE GEWALTTAT.....	32
22. AUGUST 2012 PRESSEMITTEILUNG ZU RELIGIÖSEN BESCHNEIDUNGEN VON JUNGEN.....	33
06. AUGUST 2012: SCHÄNDUNG VON JÜDISCHEM FRIEDHOF IN SCHMALLEMBERG.....	35
4. SONSTIGES (AUSWAHL).....	37
21. NOVEMBER 2012 JFDA SENDET BRIEF AN DIE BUNDESTAGSABGEORDNETEN ZUM THEMA „BESCHNEIDUNG“	38
ANHANG 1: BRIEF DES JFDA AN DIE BUNDESTAGSABGEORDNETEN ZUM THEMA „BESCHNEIDUNG“	39
16. NOVEMBER 2012 INTERVIEW DES DEUTSCHEN AUSSENMINISTERS GUIDO WESTERWELLE ZUR ESKALATION IM GAZA STREIFEN.....	41
12. APRIL 2012: ZUR DEBATTE UM GÜNTER GRASS.....	42
APRIL 2012: DER ANGRIFF DER FILMWÖLFE.....	44

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet. Seit 2012 ist das Forum nun als Verein tätig. Zweck des JFDA sind die Stärkung des demokratischen Staatswesens, durch politische Bildung, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, sowie die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Wir unterstützen dazu demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechnete Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens

Deutsche Juden – Zukunft in Deutschland. Diskussion mit Gästen aus Medien, Religion und Wissenschaft

05. Dezember 2012, 19.00 Uhr, Humboldt-Universität zu Berlin, Senatssaal

Im Anschluss an den Kurzfilm „Angekommen“ von Levi Salomon wird über die aktuelle Lage und die Entwicklungsperspektive jüdischen Lebens in Berlin diskutiert. Dabei sollten einerseits problematische Entwicklungen aufgezeigt und andererseits Lösungen skizziert werden.

Vor über 20 Jahren wurde die Einwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland durch ein neues Arbeits- und Bleiberecht erleichtert. Für die schrumpfenden jüdischen Gemeinden in Deutschland bedeutete dies den Anfang einer Blütezeit, in der sich die Anzahl der Gemeindeglieder seit den 1990er Jahren durch die Einwanderer aus Osteuropa von 29.000 auf 108.000 erhöhte. Diese Blütezeit scheint nun nach über 20 Jahren ein Ende zu finden. Damit stellt sich erneut die Frage nach der Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland.

Diskutiert werden soll über das Thema mit:

- Reinhard Borgmann, Leitung der Sendung Kontraste,
- Dr. T. Ben Chorin, Rabbiner in Berlin,
- Levi Salomon, Filmemacher und Sprecher des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA),
- Christina von Braun, Prof. Dr. phil., Kulturtheoretikerin, Autorin und Filmemacherin und
- Jochen Feilcke, Moderation, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin-Potsdam

Grußwort des Vizepräsidenten für Studium und Internationales der Humboldt-Universität Berlin Prof. Dr. phil. Michael Kämper-van den Boogaart

Bei der Veranstaltung handelt es sich um eine Kooperation zwischen der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus.

Zeit und Ort

05. Dezember 2012 von 19.00 bis 21.00 Uhr Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10117 Berlin

Raum: Senatssaal

Ansprechpartner in der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit:

Joachim.Merfort@senbwf.berlin.de

Tel: 030 9016 2515

Ansprechpartnerin in der Humboldt-Universität:

Constanze Haase

Leiterin des Referats Pressestelle

Pressesprecherin

Pressebetreuung, Presseanfragen, Pressekonferenzen, Pressemitteilungen,

Medienkommunikation

Telefon: +49 (30) 2093-2332
Fax: +49 (30) 2093-2107
constanze.haase@uv.hu-berlin.de

Ansprechpartner des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus:
Levi Salomon
Regisseur
Sprecher des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)
Mobil: 01706327421
Büro: 030 30875424
Email: levi.salomon@gmail.com

Kundgebung: Solidarität mit Israel! Befreit Gaza - von der Hamas!

Am Sonntag, 18. November 2012, findet ab 13:00 Uhr auf dem Joachimstaler Platz (am KuDamm, gegenüber C&A-Leinwand und Kranzler-Eck) in Berlin-Charlottenburg eine Israel-Solidaritäts-Kundgebung statt:

Es sprechen:

Ulrich Sahn, Jerusalem

Stephan Kramer, Zentralrat der Juden in Deutschland

Jochen Feilcke, Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin und Potsdam

Levi Salomon, Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus

Israel wehrt sich gegen einen beispiellosen Raketenterror. Allein in den letzten Tagen feuerte die Terrororganisation Hamas hunderte Raketen auf Israel - Millionen Israelis sind diesem tagtäglichen Terror ausgesetzt. Die Weltöffentlichkeit hat dies bisher größtenteils ignoriert und stillschweigend hingenommen.

Es ist Zeit zum Handeln.

Israel will, muss und wird die ständigen Raketenangriffe auf seine Bürger beenden.
Wir wollen, müssen und werden Israel unterstützen.

Aufruf zur Kundgebung am 9. September – Gemeinsam gegen Beschneidungsverbot!

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Kundgebung, die das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus zusammen mit dem Organisationsteam veranstaltet ist nach wie vor notwendig und aktuell. Am 9. September werden Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen, darunter Juden, Muslime und Christen, gemeinsam für Religionsfreiheit und die bundesweite Entkriminalisierung von Beschneidungen demonstrieren.

Auf der Kundgebung werden sprechen:

Frau Lala Süsskind (Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus),
Herr Kenan Kolat (Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland),
Herr Rabbiner Yitzchak Ehrenberg,
Herr Rabbiner Tovia Ben-Chorin.

Wir rufen Sie alle dazu auf, an unserer Kundgebung am 9. September um 11 Uhr auf dem Bebelplatz in Berlin-Mitte teilzunehmen.

Auf Messers Schneide: Religionsfreiheit

Für Religionsfreiheit, gegen Kriminalisierung und Bevormundung
Kundgebung, 9. September 2012, 11 Uhr

Ort: Bebelplatz 10117 Berlin

(vor der Juristischen Fakultät, gegenüber dem Hauptgebäude der Humboldt-Uni)

Nach dem umstrittenen Kölner Beschneidungs-Gerichtsurteil ist deutschlandweit eine heftige Diskussion entbrannt, wie man künftig mit der Jungenbeschneidung umgehen will, die vor allem in Judentum und Islam praktiziert wird.

Wir sind entsetzt über eine von Vorurteilen und diffusen Ängsten geprägte Diskussion, die teils hysterische Züge annimmt und antisemitische und antiislamische Stereotypen bemüht, wie sie für eine aufgeklärte und humanistisch gebildete Gesellschaft - besonders nach der Schoa - absolut indiskutabel sein sollten. Juden und Muslime stehen urplötzlich da als "Kinderquäler", als schlechte und lieblose Eltern, die an wehrlosen Kindern angeblich archaische und blutige Rituale vollführen. Dabei ist der Eingriff selbst rein medizinisch weltweit akzeptiert und nicht zuletzt darum von der WHO empfohlen, die die Vorteile der Praxis betont, etwa was das Risiko einer Krankheits-Übertragung oder Hygiene allgemein angeht. Nachteile für die männliche Sexualität sind nicht nachweisbar.

Für Juden und Muslime hat die Beschneidung der Jungen eine zentrale identitätsstiftende Bedeutung - religiös wie kulturell. Es gibt schlicht keinen "Leidensdruck", der die Wogen der Empörung rechtfertigen würde. Das Kölner Urteil hat eine rechtliche Unsicherheit verursacht:

das Jüdische Krankenhaus Berlin etwa hat die Beschneidungen bis zur Klärung ausgesetzt. Für Juden und Muslime ist es ein äußerst unerfreulicher Zustand, dass Beschneidungen so der Ruch des Illegalen oder gar der Menschenrechtsverletzung anhaftet.

Wir rufen auf zu Toleranz, Weltoffenheit und Gelassenheit gegenüber einer Tradition, die für die jüdische und muslimische Identität essentiell ist. Ohne die grundsätzliche Legalität der Beschneidung der Jungen ist in Deutschland kein jüdisches Leben möglich, kein muslimisches Leben und kein interkulturelles Miteinander.

Das Urteil des Kölner Landgerichts hat zwar keine rechtliche Bindungswirkung, die Rechtsunsicherheit für Eltern, Ärzte und Beschneider hat jedoch erheblich zugenommen, und es ist niemandem zuzumuten, sich auf die bloße Möglichkeit einer Strafflosigkeit zu verlassen. Diese Situation wäre auch einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland unwürdig. Deshalb muss umgehend Rechtssicherheit geschaffen werden.

Wir fordern die lautstarken Beschneidungs-Gegner auf, sich eingehender mit Juden und Muslimen auseinanderzusetzen, anstatt vorschnelle Verbotsforderungen zu erheben. Wir fordern Respekt für unsere kulturellen und religiösen Traditionen. Und wir fordern Respekt für jüdische und muslimische Eltern, die ihre Kinder nicht weniger lieben als die Eltern der deutschen Mehrheitsgesellschaft dies tun. Wir wehren uns dagegen, kriminalisiert oder als archaisch und blutrünstig hingestellt zu werden.

Für gegenseitigen Respekt und ein friedliches Miteinander!

Veranstalter:

- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)
- Das Organisationsteam*

Dieser Aufruf wird unterstützt von (alphabetisch, weitere UnterzeichnerInnen folgen):

- American Jewish Committee (AJC)
- Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten Berlin-Brandenburg
- AVIVA-Berlin, Online Magazin und Informationsportal für Frauen / Sharon Adler
- Berliner Missionswerk/ Ökumenisches Zentrum, vertreten durch den Landespfarrer für interreligiösen Dialog, Pfarrer Dr. Andreas Goetze
- Bundesverband Jüdischer Ärzte und Psychologen in Deutschland
- Bundesverband Jüdischer Studierender in Deutschland (BJSD)
- Chabad Jüdisches Bildungszentrum
- Deutsche Aschkenas-Gesellschaft e. V.
- Deutsche Schüler und Studenten Union (DSSU) Osnabrück
- Deutsch-Israelische Gesellschaft Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam
- Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin
- Egalitäre Jüdische Chawurah Gescher e.V. Freiburg
- Erzbistum Berlin - Katholische Kirche in Berlin, Brandenburg und Vorpommern
- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO)
- Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer
- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e.V. (GCJZ Berlin)
- Global Muslim Jewish Friendship Forum (GMJFF)
- Honestly concerned
- INI-Institut Neue Impulse e.V.

- Jewiki, Online-Enzyklopädie zum Judentum / Michael Kühntopf
- Jüdische Gemeinde Kiel
- Jüdische Gemeinde Stadt Potsdam e.V.
- Jüdische Gemeinde zu Berlin
- Jüdische Volkshochschule, Berlin
- Jüdisches Filmfestival Berlin & Potsdam
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)
- Jugendzentrum Olam
- Junges Forum DIG
- Jung und jüdisch
- Keren Hayemeth Leisrael - Jüdischer Nationalfond
- Keren Hayesod
- Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Migration und Vielfalt in der SPD in Berlin
- Lauder Yeshurun
- Lichtig - Verlag, Nea Weissberg
- The Muslim Jewish Conference (MJC)
- Orthodoxe Jüdische Gemeinde zu Wolfsburg
- Raoul Wallenberg Loge – B'nei B'rith
- Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG)
- Sehitlik Moschee
- STUDENTIM (Jüdische Studierendeninitiative Berlin)
- Synagoge Fraenkelufer
- Synagoge Joachimstaler Straße
- Synagogen-Gemeinde Köln
- Synagoge Oranienburger Str.
- Synagoge Passauer Straße
- Synagoge Pestalozzistr.
- Synagoge Rykestr.
- Synagoge Sukkat Schalom Hüttenweg
- The Foundation for Ethnic Understanding (FFEU), New York
- Treffpunkt Religion und Gesellschaft e.V.
- Türkischer Bund Berlin-Brandenburg
- TUS Makkabi Berlin e.V.
- Verein chaverim- Freunde des Liberalen Judentums in München e.V.
- WIZO Berlin

*das Organisationsteam (alphabetisch):

Chaja Boebel
 Max Doehlemann
 Tamara Guggenheim
 Michael Jänecke
 Sigmount Königsberg
 Esther Kontarsky
 Natalie Patzek
 Levi Salomon
 Lala Süsskind

Ansprechpartner für die Presse:

Levi Salomon, levi.salomon@gmail.com, 0170-6327421
 Max Doehlemann, max_doeleman@web.de, 0172-8093752

Pressespiegel vom 09. September 2012 zum Thema

Am 9. September fand eine Kundgebung gegen ein Beschneidungsverbot auf dem Bebelplatz in Berlin-Mitte statt. Unten sehen Sie den Pressespiegel (Auswahl), darunter mehrere Berichte von ausländischen Medien (viele von diesen findet man am Ende des Pressespiegels). Über die Kundgebung wurde breit berichtet, unter anderem in der Abendschau des rbb (<http://mediathek.rbb-online.de/rbb-fernsehen/abendschau/abendschau-vom-09-09-2012?documentId=11680516>). Nach dem Bericht über die Kundgebung wurde im Studio der Kinderarzt Dr. Ulrich Fegeler vom Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte interviewt, der medizinische Argumente gegen Beschneidungen von Kindern anbrachte. Das zeigt exemplarisch, wie die Debatte verläuft, sie dreht sich im Kreis. Es werden Pro- und Contra-Argumente von „Experten“ gebracht, darunter wenige neue, sondern meist die gleichen Argumente. Oftmals werden religiöse, medizinische und juristische Argumente gegenüber gestellt und diskutiert. Aber im Prinzip handelt es sich um ein einfaches Menschenrecht, die Religionsfreiheit. Sie ist ein höheres Gut und auch in den Kinderrechten verankert. Die Religionsfreiheit kann nur eingeschränkt werden, wenn es gravierende Gründe dafür gibt. Die Zirkumzision gehört nicht dazu.

Fotos von der Kundgebung finden Sie unter folgendem Link: <http://www.flickr.com/photos/queer-kopf/sets/72157631488732560/>

Pressespiegel (Auswahl), Kundgebung „Auf Messers Schneide“

<http://www.berliner-zeitung.de/berlin/demo-auf-dem-bebelplatz-berlin-gemeinsam-gegen-ein-beschneidungsverbot,10809148,17209594.html>

Gemeinsam gegen ein Beschneidungsverbot

BERLIN –Wir werden euch nicht allein lassen“: Auf dem Bebelplatz demonstrieren Juden, Christen und Muslime gegen ein Beschneidungsverbot. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Gideon Joffe ist nicht da, Kenan Kolat, der Bundesvorsitzende der türkischen Gemeinde, trägt eine Kippa.

<http://www.euronews.com/newswires/1652082-german-jews-muslims-unite-to-protest-against-circumcision-ban/>

BERLIN (Reuters) – Hundreds of German Jews and Muslims held a joint rally in Berlin on Sunday demanding that their “freedom of religion” be respected, in a rare show of unity to protest against a court order that banned ritual circumcisions.

<http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-19538584>

Jews and Muslims protest at Germany circumcision ruling

Jewish and Muslim organisations have staged a joint protest in Berlin over a regional court’s ruling that the circumcision of young boys constituted bodily harm.

<http://www.haaretz.com/jewish-world/jewish-world-news/hundreds-protest-in-berlin-no-judaism-without-circumcision-1.463757>

Hundreds protest in Berlin: ‘No Judaism without circumcision’

Berlin allows resumption of ritual, although conditioned it on its being carried out by doctors.
BERLIN – A few hundred Jews and pro-Jewish activists gathered in the Bebelplatz in Berlin yesterday morning to protest legal, medical and civic challenges in Germany to circumcision.

<http://www.jpost.com/JewishWorld/JewishNews/Article.aspx?id=284451>

Jews, Muslims, Christians protest circumcision ban

300 demonstrators appeared in Berlin to demonstrate for religious freedom and decriminalization of circumcision.

<http://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/159809#.UE3Mbl7DZjM>

Jews and Muslims gather in Berlin to demonstrate against a controversial circumcision court ruling.

<http://www.ardmediathek.de/das-erste/tagesthemen/tagesthemen?documentId=11681944>

Tagesthemen 9.9.2012 (ab 11'30")

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/hauptnavigation/startseite/#/beitrag/video/1728020/ZDF-heute-journal-vom-09-September-2012>

ZDF-Heute Journal 9.9. 2012

http://www.n24.de/news/newsitem_8204888.html

Bund soll Beschneidung schnell gesetzlich regeln

Auf einer Kundgebung in Berlin haben Juden und Muslime eine rasche Klärung der Beschneidungsfrage durch den Bund gefordert. "Es muss in ein Gesetz gegossen werden", sagte die ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin und Vorsitzende des Jüdischen Forums, Lala Süsskind.

<http://www.dw.de/dw/article/0,,16228079,00.html>

Hunderte demonstrieren für Beschneidungen

Nach dem umstrittenen Urteil des Landgerichts Köln haben mehrere hundert Menschen in Berlin für das Recht auf religiöse Beschneidungen demonstriert. Die Bundesregierung verspricht derweil klare gesetzliche Regelungen.

http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2012_09/kundgebung_fuer_recht.html

Kundgebung für Recht auf religiöse Beschneidungen

Etwa 300 Menschen haben am Sonntag in Berlin für die Straffreiheit religiöser Beschneidungen demonstriert. Zu der Kundgebung auf dem Bebelplatz in Mitte hatten zahlreiche jüdische, muslimische und christliche Verbände aufgerufen.

<http://www.dradio.de/nachrichten/201209091800/7>

Demonstration für religiöse Beschneidungen in Berlin

In Berlin haben rund 300 Menschen für Straffreiheit bei religiösen Beschneidungen demonstriert. Zu

der Kundgebung hatte das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus aufgerufen. 50 Organisationen und Einrichtungen hatten den Aufruf unterstützt.

http://www.focus.de/politik/deutschland/religion-juden-und-muslime-demonstrieren-fuer-recht-auf-beschneidung_aid_816017.html

Juden und Muslime demonstrieren für Recht auf Beschneidung...

Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten am Sonntag rund 300 Menschen, darunter auch Politiker aus christlichen Religionen, Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.

<http://www.stern.de/politik/deutschland/juden-und-muslime-demonstrieren-fuer-recht-auf-beschneidung-1891804.html>

Juden und Muslime demonstrieren für Recht auf Beschneidung

Berlin – Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten am Sonntag rund 300 Menschen, darunter auch Politiker aus christlichen Religionen, Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.[...]"

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article109113576/Juden-und-Muslime-gehen-gemeinsam-auf-die-Strasse.html>

Juden und Muslime gehen gemeinsam auf die Straße

Mit einer Demonstration haben Juden und Muslime in Berlin gegen das Beschneidungs-Urteil des Landgerichts Köln protestiert. Sie fühlen sich als Kinderquälter abgestempelt.

http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/schlaglichter_nt/article109111091/Juden-und-Muslime-demonstrieren-gemeinsam-fuer-Recht-auf-Beschneidung.html

Juden und Muslime demonstrieren gemeinsam für Recht auf Beschneidung

"Berlin – Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten rund 300 Menschen Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/beschneidungsdemo-in-berlin-thierse-verspricht-zuegige-gesetzliche-regelung/7113188.html>

Thierse verspricht zügige gesetzliche Regelung

Knapp 300 Menschen sind am Sonntag in Berlin auf die Straße gegangen, um für das Recht auf religiös motivierte Beschneidung zu kämpfen. Unterdessen positionieren sich die Kinder- und Jugendärzte überraschend deutlich – und ihre Haltung wird den Gläubigen nicht gefallen.

<http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/13971>

Für Religionsfreiheit und das Recht auf Beschneidung

Juden und Muslime kritisieren die Berliner Übergangsregelung
Kurz nach 11 Uhr auf dem Berliner Bebelplatz. Trompetentöne lassen die etwa 300 Menschen, die

an diesem Sonntag hergekommen sind, um für Religionsfreiheit und das Recht auf Beschneidung zu demonstrieren, vor die kleine Bühne strömen.[...]"

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.demonstrationen-juden-und-muslime-demonstrieren-fuer-recht-auf-beschneidung.a8d6db98-3615-404e-9f1a-3ecb400cc6cd.html>

Juden und Muslime demonstrieren für Recht auf Beschneidung

Berlin – Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten am Sonntag rund 300 Menschen, darunter auch Politiker aus christlichen Religionen, Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.[...]

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/stolz-und-solidaritaet/7112938.html>

Stolz und Solidarität

250 Menschen bei Demo gegen Beschneidungsurteil auf dem Bebelplatz.

Berlin – Sie kamen mit bemalten T-Shirts und bunten Plakaten. So haben am Sonntagvormittag in Mitte rund 250 Menschen für das Recht auf Beschneidung aus religiösen Gründen demonstriert. Der Medienandrang war enorm, sogar das japanische Fernsehen schickte Reporter.[..]

<http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article109113614/Berlins-Juden-und-Muslime-demonstrieren-gemeinsam.html>

Berlins Juden und Muslime demonstrieren gemeinsam

Juden, Muslime und Christen: Mehrere hundert Demonstranten haben Rechtssicherheit für die religiöse Beschneidung von Jungen verlangt.

<http://www.taz.de/Demo-von-Juden-und-Muslimen/!101300/>

Gemeinsam für Beschneidung

In Berlin demonstrieren Juden und Muslime für das Recht auf freie Religionsausübung. Auch Wolfgang Thierse (SPD) solidarisiert sich.

BERLIN taz | Es ist ein ungewöhnlicher Moment: Auf dem Bebelplatz in der Berliner Mitte haben gestern jüdische und muslimische Organisation gegen ein Beschneidungsverbot und für Religionsfreiheit demonstriert – nicht getrennt, sondern gemeinsam.

<http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/politik/Demonstration-in-Berlin-pro-Beschneidung:art2815,4431862#.UE3AzY7DZjN>

Demonstration in Berlin pro Beschneidung

Berlin/Köln. Rund 300 Menschen haben gestern in Berlin auf einer Demonstration die die Straffreiheit religiöser Beschneidungen gefordert. Zu der Kundgebung hatte das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus aufgerufen.

<http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.demonstrationen-juden-und-muslime-demonstrieren-gemeinsam-fuer-recht-auf-beschneidung.0142595d-d4c8-4032-adb1-ef68d30eddeb.html>

Juden und Muslime demonstrieren gemeinsam für Recht auf Beschneidung

Berlin – Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse

Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten rund 300 Menschen Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.

<http://www.fr-online.de/politik/beschneidung-juden-muslime-und-christen-demonstrieren,1472596,17207600.html>

Juden, Muslime und Christen demonstrieren

Mehrere hundert Demonstranten verlangen in Berlin mehr Rechtssicherheit für die religiöse Beschneidung von Jungen. „Das Ja zur Beschneidung muss in ein Gesetz gegossen werden“, fordert Lala Süßkind, die ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin.“

<http://www.islamische-zeitung.de/?id=16089>

Demonstration für Recht auf Beschneidung in Berlin

Wie soll man das nachweisen?

Berlin (KNA). Rund 250 Menschen haben in Berlin am Sonntag für das Recht auf Beschneidungen aus religiösen Gründen demonstriert. „Wir sind es Leid, das Sommerloch mit der Beschneidung zu füllen“, erklärte die Initiatorin der Demonstration, die ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Lala Süßkind.

<http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article109113614/Berlins-Juden-und-Muslime-demonstrieren-gemeinsam.html>

Berlins Juden und Muslime demonstrieren gemeinsam

Juden, Muslime und Christen: Mehrere hundert Demonstranten haben Rechtssicherheit für die religiöse Beschneidung von Jungen verlangt.

<http://www.bz-berlin.de/bezirk/mitte/demonstranten-fordern-rechtssicherheit-article1538759.html>

Juden und Muslime: Demo für Beschneidung

300 Menschen forderten am Sonntag auf dem Bebelplatz Rechtssicherheit für religiöse Beschneidung von Jungen. Als Reaktion auf die neue Berliner Richtlinie zur Beschneidung, nach der nur Ärzte den Eingriff durchführen dürfen, trafen sich am Sonntag Juden und Muslime am Bebelplatz zum Protest.[..]“

<http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Juden-und-Muslime-demonstrieren-fuer-Recht-auf-Beschneidung-id21810336.html>

Juden und Muslime demonstrieren für Recht auf Beschneidung

Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten am Sonntag rund 300 Menschen, darunter auch Politiker aus christlichen Religionen, Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.

<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article2395106/Juden-und-Muslime-demonstrieren-gemeinsam.html>

Juden und Muslime demonstrieren gemeinsam

BERLIN. Die Debatte um die Beschneidungen von Juden und Muslime wird schärfer. Deutschland

leiste sich eine weltweit einmalige Diskussion, warnen Politiker und Religionsvertreter. Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. Viele Teilnehmer trugen eine Kippa, die traditionelle männliche jüdische Kopfbedeckung.[...]"

<http://www.merkur-online.de/nachrichten/politik/christen-juden-muslime-beschneidung-2494913.html>

Demonstration für Beschneidung

Berlin – Mehrere hundert Demonstranten haben am Sonntag in Berlin Rechtssicherheit für die religiöse Beschneidung von Jungen gefordert. Darunter waren aber nicht nur Juden und Muslime.

<http://www.hurriyet.com.tr/planet/21425144.asp>

Yahudi; Müslüman birlikte eylem yaptı

Berlin Yahudi cemaati, sünnet yasağına karşı miting düzenledi. Sünnet yasağına yönelik sert mesajların verildiği miting, Yahudiler için anlamlı bir mekanda yapıldı. Mitinge Türkler de katıldı.

<http://www.charivari.com/aktuell/meldungen/article/weiter-debatte-ueber-beschneidung.html>

Weiter Debatte über Beschneidung

Auch nach dem Vorstoß von Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) zur religiösen Beschneidung von muslimischen und jüdischen Jungen geht die Debatte unvermindert weiter.[...]

<http://www.epochtimes.de/hunderte-demonstranten-fordern-rechtssicherheit-bei-der-beschneidung-977482.html>

Hunderte Demonstranten fordern Rechtssicherheit bei der Beschneidung

Berlin – Mehrere hundert Demonstranten haben am Sonntag in Berlin mehr Rechtssicherheit für die religiöse Beschneidung von Jungen verlangt. "Das Ja zur Beschneidung muss in ein Gesetz gegossen werden", forderte Lala Süßkind, die ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin.

<http://www.braunschweiger-zeitung.de/nachrichten/Deutschland/juden-und-muslime-demonstrieren-fuer-recht-auf-beschneidung-id752660.html>

Juden und Muslime demonstrieren für Recht auf Beschneidung

Berlin Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten am Sonntag rund 300 Menschen, darunter auch Politiker aus christlichen Religionen, Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.

<http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Juden-und-Muslime-demonstrieren-fuer-Recht-auf-Beschneidung;art1157828.1624925>

Juden und Muslime demonstrieren für Recht auf Beschneidung

Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten am Sonntag rund 300 Menschen, darunter auch

Politiker aus christlichen Religionen, Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.

http://www.rheinpfalz.de/cgi-bin/cms2/cms.pl?cmd=showMsg&tpl=rhpMsg_thickbox.html&path=/rhp/welt/politik&id=1347044077

Weiter Debatte über Beschneidung

Guttmann fordert mehr jüdisches Selbstbewusstsein

<http://www.frankenpost.de/ueberregional/brennpunkte/Juden-und-Muslime-demonstrieren-fuer-Recht-auf-Beschneidung;art2801,2111008>

Juden und Muslime demonstrieren für Recht auf Beschneidung

Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten am Sonntag rund 300 Menschen, darunter auch Politiker aus christlichen Religionen, Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen.[...]

<http://www.donaukurier.de/nachrichten/topnews/D-Berlin-Justiz-Religion-Judentum-Islam-Gesundheit-ZF-Bund-soll-Beschneidung-schnell-gesetzlich-regeln;art154776,2652810>

Auf einer Kundgebung in Berlin haben Juden und Muslime eine rasche Klärung der Beschneidungsfrage durch den Bund gefordert. "Es muss in ein Gesetz gegossen werden", sagte die ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin und Vorsitzende des Jüdischen Forums, Lala Süßkind.

http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/politik_artikel,-Juden-und-Muslime-demonstrieren-in-Berlin-fuer-Religionsfreiheit- arid,186711.html

Juden und Muslime demonstrieren in Berlin für Religionsfreiheit

Die Debatte über das Beschneidungsverbot eint Juden und Muslime in Deutschland. Gestern demonstrierten sie in Berlin und bekamen Unterstützung von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse.

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/DEUTSCHLAND/Hunderte-Demonstranten-fordern-Rechtssicherheit-fuer-Beschneidung-artikel8090266.php>

Hunderte Demonstranten fordern Rechtssicherheit für Beschneidung

Juden, Muslime und Christen demonstrieren für Religionsfreiheit
Berlin (dapd). Mehrere hundert Demonstranten haben in Berlin Rechtssicherheit für die religiöse Beschneidung von Jungen verlangt. "Das Ja zur Beschneidung muss in ein Gesetz gegossen werden", forderte Lala Süßkind, die ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin.

<http://www.kn-online.de/In-Ausland/Politik/Juden-und-Muslime-demonstrieren-fuer-Recht-auf-Beschneidung>

Juden und Muslime demonstrieren für Recht auf Beschneidung

Erstmals in Deutschland haben Juden und Muslime gemeinsam für das Recht auf religiöse Beschneidung demonstriert. In Berlin forderten am Sonntag rund 300 Menschen, darunter auch

Politiker aus christlichen Religionen, Rechtssicherheit für den Eingriff bei Neugeborenen und kleinen Jungen. [...]

http://www.huffingtonpost.co.uk/2012/09/09/muslims-and-jews-protest-_n_1868852.html?utm_hp_ref=uk

Muslims And Jews Protest Circumcision Law In Germany After Police Investigate Rabbi
Hundreds of Jews and Muslims marched in Berlin on Sunday to demand an explicit right to circumcision, enshrined in law.

<http://www.fraja-maroc.net/consulterArticle-2949.html>

juifs et musulmans manifestent à Berlin pour la circoncision

Plusieurs centaines de manifestants en majorité juifs mais aussi musulmans et chrétiens se sont rassemblés dimanche à Berlin pour protester contre une décision judiciaire rendant le rite religieux de la circoncision passible de poursuites pénales.

<http://forward.com/articles/159202/german-circumcision-ruling-raises-outcry/?p=all>

German Circumcision Ruling Raises Outcry

Jews and Muslims Unite in Opposing Court Decision

BERLIN — A controversial court ruling in Cologne that effectively prohibits most circumcisions in that city has touched a nerve worldwide, and sparked an outcry in Germany that has united Jews and Muslims in a rare common protest.[...]

<http://www.thejc.com/news/world-news/79483/jews-demonstrate-over-threat-circumcision-germany>

Jews demonstrate over threat to circumcision in Germany

German Jews were joined by Christians and Muslims on Sunday evening for a demonstration calling for circumcision to remain legal.

<http://www.ndtv.com/article/world/german-jews-muslims-unite-to-protest-against-circumcision-ban-265142>

German Jews, Muslims unite to protest against circumcision ban

Berlin: Hundreds of German Jews and Muslims held a joint rally in Berlin on Sunday demanding that their "freedom of religion" be respected, in a rare show of unity to protest against a court order that banned ritual circumcisions.[...]

<http://www.tg1.ra.i.it/dl/tg1/2010/articoli/ContentItem-55c1723a-0976-458c-b9e2-517187d38c2c.html>

Manifestazione unica a Bebelplatz, la piazza in cui i nazisti bruciarono i libri, per difendere il diritto alla circoncisione dopo che un tribunale tedesco l'ha messa al bando.

http://www.liberation.fr/monde/2012/09/09/circoncision-chretiens-juifs-et-musulmans-manifestent-a-berlin_845103

Circoncision : chrétiens, juifs et musulmans manifestent à Berlin

Certains brandissaient des drapeaux israéliens, d'autres portaient les habits traditionnels des juifs orthodoxes. Plusieurs centaines de manifestants, en majorité juifs, mais aussi musulmans et

chrétiens, ont manifesté, hier, à Berlin contre une décision judiciaire rendant le rite de la circoncision passible de poursuites pénales.[...]

<http://www.leparisien.fr/espace-premium/air-du-temps/juifs-et-musulmans-manifestent-a-berlin-pour-la-circoncision-10-09-2012-2157626.php>

Juifs et musulmans manifestent à Berlin pour la circoncision

Plusieurs centaines de manifestants en majorité juifs, mais aussi musulmans et chrétiens se sont rassemblés hier à Berlin, la capitale allemande, pour protester contre un jugement rendant le rite religieux de la circoncision passible de poursuites...[...]

<http://gulfnews.com/news/world/other-world/jews-muslims-stage-circumcision-march-in-germany-1.1072162>

Jews, Muslims stage circumcision march in Germany

Berlin: Around 500 mainly Jewish but some Christian and Muslim protesters gathered in Berlin on Sunday to demand the right to circumcision after a disputed court ruling in Germany outlawing the rite.[...]

<http://www.abc.es/20120909/internacional/abci-protestas-berlin-prohibicion-circoncision-201209091610.html>

Judíos y musulmanes protestan en Berlín contra el veto a la circuncisión en Colonia

Varios centenares de judíos y musulmanes han protestado juntos este domingo en Berlín contra una sentencia de un tribunal de Colonia, en el oeste de Alemania, que prohíbe las circuncisiones de menores por tratarse de una «lesión física ilegal y sancionable».

<http://www.odt.co.nz/news/world/225232/jews-muslims-unite-protest-circumcision>

Jews, Muslims unite to protest circumcision

Hundreds of German Jews and Muslims have held a joint rally in Berlin demanding that their "freedom of religion" be respected, in a rare show of unity to protest against a court order that banned ritual circumcisions.

<http://www.thesundaily.my/news/484126>

Jews, Muslims stage circumcision march in Germany

BERLIN (Sept 9, 2012): Around 500 mainly Jewish but some Christian and Muslim protesters gathered in Berlin on Sunday to demand the right to circumcision after a disputed court ruling in Germany outlawing the rite.

<http://tempsreel.nouvelobs.com/monde/20120909.OBS1775/circoncision-juifs-et-musulmans-manifestent-a-berlin.html>

Circoncision : juifs et musulmans manifestent à Berlin

Les manifestants ont protesté contre une décision judiciaire qui rend le rite religieux de la circoncision passible de poursuites pénales.

<http://www.origo.hu/nagyvilag/20120909-kozosen-tuntettek-zsidok-muzulmanok-es-keresztenyek-berlinben-a-korulmeteles-szabadsagaert.html>

Muszlimok, zsidók és keresztények tüntettek a körülmetélés szabadságáért Berlinben

A fiúgyermekek vallási indíttatású körülmetélésének szabadságáért tüntettek vasárnap együttesen muszlimok, zsidók és keresztények Berlinben. A demonstrálók a körülmetélését testi sértésnek minősítő júniusi bírósági döntés ellen tiltakoztak felekezettől függetlenül.[...]

<http://bdnews24.com/details.php?id=231964&cid=1>

German Jews, Muslims unite to protest against circumcision ban

BERLIN, Sep 10 (bdnews24.com/Reuters) – Hundreds of German Jews and Muslims held a joint rally in Berlin on Sunday demanding that their “freedom of religion” be respected, in a rare show of unity to protest against a court order that banned ritual circumcisions.

http://www.todayszaman.com/newsDetail_getNewsById.action?newsId=291893

German Jews, Muslims unite to protest against circumcision ban

Hundreds of German Jews and Muslims held a joint rally in Berlin on Sunday demanding that their “freedom of religion” be respected, in a rare show of unity to protest against a court order that banned ritual circumcisions.

<http://www.malaysiandigest.com/world/102841-german-muslims-and-jews-unite-to-protest-against-circumcision-ban.html>

German Muslims and Jews Unite to Protest Against Circumcision Ban

BERLIN: Hundreds of German Jews and Muslims held a joint rally in Berlin on Sunday demanding that their “freedom of religion” be respected, in a rare show of unity to protest against a court order that banned ritual circumcisions.

<http://www.malaysiasun.com/index.php?sid/209029741/scat/bf7bedafac502d48>

Jews, Muslims stage circumcision march in Germany

Inquirer Sunday 9th September, 2012

A protester wearing a kippa attends a demonstration for the religious right of circumcision at Bebelplatz in Berlin, Germany, on September 09, 2012.

<http://www.ifsc.ie/article.aspx?idnews=159547>

German Jews, Muslims unite to protest against circumcision ban

BERLIN (Reuters) – Hundreds of German Jews and Muslims held a joint rally in Berlin on Sunday demanding that their “freedom of religion” be respected, in a rare show of unity to protest against a court order that banned ritual circumcisions.

<http://www.oregonherald.com/news/show-story.cfm?id=412363&World-News=German-Jews,-Muslims-unite-to-protest-against-circumcision-ban.htm>

German Jews, Muslims Unite To Protest Against Circumcision Ban

BERLIN – Hundreds of German Jews and Muslims held a joint rally in Berlin on Sunday demanding

that their “freedom of religion” be respected, in a rare show of unity to protest against a court order that banned ritual circumcisions.

<http://www.vosizneias.com/113235/2012/09/09/berlin-germany-protestors-in-berlin-rally-against-circumcision-ruling/>

Berlin, Germany – Protestors In Berlin Rally Against Circumcision Ruling

Berlin, Germany – Some several hundred people, including Jews, Christians and Muslims, took to the streets of Berlin today to protest the ongoing controversy over religious circumcision which began when a Cologne district court ruled that ritual circumcision “constituted grievous bodily harm.”

Protestkundgebung gegen den "Al Quds-Marsch" in Berlin am 18. August 2012

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

das jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) ruft auch in diesem Jahr wieder im Verbund mit anderen Organisationen zur Kundgebung gegen den Al-Quds Tag in Berlin auf. Wir bitten die Mitglieder und Freunde unseres Forums sowie alle Gegner des Al-Quds-Tages am 18. August zahlreich zu erscheinen.

Die Kundgebung findet statt am Samstag, dem 18. August 2012. Joachimstaler Str. / Ecke Kurfürstendamm ("Joachimstaler Platz"), Beginn: 14:30 Uhr.

Den Aufruf zum Protest und weitere Informationen finden Sie unter folgenden Links:

<http://no-al-quds-tag.de/index.php?site=artikel1&id1=27>

<http://www.facebook.com/events/397100817019624/>

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Lala Süsskind, Vorsitzende JFDA

Levi Salomon, Sprecher JFDA

Aufruf: Protest gegen den `Al-Quds-Tag 2012`

Protest gegen den Al-Quds-Tag: Gegen islamistische und antisemitische Propaganda auf Berlins Straßen – Solidarität mit Israel und der iranischen Freiheitsbewegung!

Seit 1979 folgen jährlich zum Ende des Fastenmonats Ramadan islamistische Organisationen weltweit dem Aufruf zum „Al-Quds-Tag“ als Kampftag des politischen Islam. Ajatollah Khomeini forderte nach der islamistischen Machtergreifung im Iran seine Anhänger und Anhängerinnen zur weltweiten Ausbreitung der islamischen Revolution, zur „Befreiung“ Jerusalems und zur Vernichtung Israels auf.

Der diesjährige Quds-Marsch am 18. August in Berlin findet vor dem bedrohlichen Hintergrund des ungebrochen und beschleunigt vorangetriebenen iranischen Atomprogramms statt. Während die Zeit verrinnt, das islamistische Regime im Iran auf dem Weg zur Bombe zu stoppen, entlädt sich eine Welle des Hasses gegen Israel. Auslöser war ein Gedicht von Günter Grass, der den durch die Islamische Republik Iran existenziell bedrohten jüdischen Staat Israel als Aggressor und Bedrohung des Weltfriedens darstellt. Umso wichtiger ist es, dem in den letzten Jahren verstärkt als „Friedensdemonstration“ inszenierten Quds-Marsch entgegenzutreten und Solidarität mit Israel zu demonstrieren!

Wir solidarisieren uns auch mit der Mehrheit der Iraner, deren Rechte und deren Streben nach Freiheit von der iranischen Diktatur brutal unterdrückt werden. 2009 wurde eine landesweite Aufstandsbewegung mit extremer Gewalt niedergeschlagen, seitdem hat sich die Menschenrechtslage nochmals drastisch verschlechtert: Inhaftierungen, Folter, Hinrichtungen, Sittenterror, Geschlechterapartheid und Zensur sind an der Tagesordnung.

Auch in Deutschland bedroht das iranische Regime Freiheit und Leben von Menschen: Seit Mai dieses Jahres muss der 2005 aus dem Iran geflohene Musiker Shahin Najafi in Deutschland im Untergrund leben, nachdem mehrere iranische Ayatollahs Todesfatwas gegen ihn erlassen hatten. Zudem wurde von regimenahen Kreisen ein Kopfgeld von 100.000 Dollar auf Najafi ausgeschrieben. Iranische Diplomaten in Deutschland haben sich an der Verbreitung der Todes-Fatwas beteiligt.

Beim Quds-Tag marschieren nicht nur die Claqueure des Regimes, sondern auch immer einige dessen mörderischer Handlanger. Beispielsweise werden bei Quds-Märschen regelmäßig Fahnen der eng mit dem iranischen Regime verbündeten libanesischen Hisbollah gezeigt, also jener Organisation, die immer wieder in Terroranschläge weltweit verwickelt war. Zuletzt wurde am 18. Juli 2012 ein Anschlag auf einen Bus mit israelischen Touristen verübt, bei dem sechs Menschen ums Leben kamen. Diesem Anschlag gingen in den letzten Jahren zahlreiche Anschlagversuche in aller Welt voraus, die verhindert werden konnten. Seit Jahren ist bekannt und nicht zuletzt in den Berichten der staatlichen Sicherheitsbehörden nachzulesen, dass Hisbollah in Deutschland über hunderte Anhänger sowie die Fähigkeit zur Durchführung von schweren Anschlägen verfügt. Dass vor kurzem auf EU-Ebene eine Listung der Hisbollah als Terrororganisation gescheitert ist, ist ein Skandal, der aber die deutsche Regierung nur umso mehr in die Verantwortung stellt: Die Hisbollah muss in Deutschland endlich als Terror-Organisation verboten werden!

Wir – das sind verschiedene politisch und sozial engagierte Gruppen und Einzelpersonen - rufen auch in diesem Jahr zu einer Kundgebung gegen den antisemitischen und antidemokratischen "Al-Quds-Tag" auf.

Demonstrieren Sie gemeinsam mit uns:

- Gegen jede Form von antisemitischer und islamistischer Propaganda,
- Gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran,
- Für ein sofortiges Verbot der Hisbollah und
- Für Solidarität mit Israel und der iranischen Freiheitsbewegung!

Die Kundgebung findet statt am Samstag, dem 18. August 2012. Joachimstaler Str. / Ecke Kurfürstendamm ("Joachimstaler Platz"), Beginn: 14:30 Uhr.

Bereits um 13:00 Uhr beginnt am Adenauerplatz · Berlin, wo die "Quds-Demonstration" auch starten wird, Antifaschistische Kundgebung unter dem Motto „Kein Al Quds-Tag 2012 in Berlin! Gemeinsam gegen Antisemitismus“. Im Anschluß können die Teilnehmer gemeinsam zur Kundgebung am Joachimstaler Platz gehen.

Weitere Informationen zur Kundgebung der antifaschistischen Gruppen - hier klicken

Initiativkreis:

- Anti-Defamation Center - Bildungswerk für Demokratie und Kultur gemn. e.V. (ADC Bildungswerk),
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA),
- Green Party of Iran - Deutschland, -
- Stop the Bomb,
- Deutsch-Israelische Gesellschaft - Arbeitsgemeinschaft Berlin/Potsdam (DIG),
- Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.
- Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin e.V. (BVN),
- Redaktion haOlam.de

Unterstützer:

- Jüdische Gemeinde zu Berlin
- Honestly Concerned e.V.
- Deutsch-Israelischer Bund i.Gr. (DIB)
- Pro Zion NRW
- AVIVA Berlin
- Deutsche Aschkenas-Gesellschaft e.V.
- Freundeskreis Israel in Regensburg und Oberbayern e.V.
- Pro-Israel-Initiative "neveragain"
- SPME Germany - Scholars for Peace in the Middle East
- Förderverein Emanzipation und Frieden e.V.
- Deutsch-Israelische Gesellschaft Aachen e.V.
- Einzelpersonen: Timur Solmaz, Student, Frankfurt/Main; Frank-M. Schmidt; Holger Hübner, Orientalist, Berlin; Lutz Starke, Bautzen; Robert Dupuis, Berlin; R `m`. Mayer, Dipl. Soz. ArbDr. (FH), Frankfurt/Main; Werner Jurga, Duisburg; Carola Bonin; Ewald Zenger, Weiden; Jörg Hubertus Hobner.

Podiumsdiskussion: Individuelle Religionsfreiheit nach dem Beschneidungsurteil

Die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) laden aus aktuellem Anlass am Donnerstag, 12. Juli 2012 um 18 Uhr zu einer Podiumsdiskussion über das Urteil und seine Konsequenzen in den Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10117 Berlin ein.

Es diskutieren:

- Prof. Dr. theol. Jens Schröter, Dekan der Theologischen Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin
- Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen
- Prof. Dr. Jan Dirk Roggenkamp, Professor für Öffentliches Recht, Polizeiakademie Niedersachsen
- Levi Salomon, Sprecher des JFDA

Moderiert wird die Veranstaltung von Prof. Dr. Markus Witte, Leiter des Instituts Kirche und Judentum - Zentrum für christlich-jüdische Studien an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Das Landgericht Köln hat geurteilt, dass Ärzte von Eltern gewünschte und genehmigte Beschneidung von Knaben aus religiösen Gründen nicht ausführen dürften, weil das eine unzulässige „Körperverletzung“ sei. Die Religionsgemeinschaften sehen in dem Urteil einen Verstoß gegen die vom Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, spricht von einem „beispiellosen und dramatischen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften.“ Ali Kizilkaya, Sprecher des Koordinationsrates der Muslime äußerte: „Die Religionsfreiheit wird eingeschränkt. [...] Über vier Millionen Muslime in Deutschland bekommen nicht unbedingt das Gefühl, dass sie ihre Religion praktizieren können.“ Der katholische Bischof Heinrich Mussinghoff bezeichnete das Urteil „äußerst befremdlich. [...] Viele fragen sich mit Sorge, ob sie zukünftig ungehindert ihren religiösen Pflichten in unserem Land nachkommen können.“

Der Pressesprecher des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten, Rainer Ponitka, begrüßt jedoch das Urteil: „Es wurde Zeit, dass die Beschneidung als das gesehen wird, was sie ist: ein strafbarer Eingriff in die körperliche Unversehrtheit von wehrlosen und ihren Eltern ausgelieferten Jungen.“

Laut einer repräsentativen EMNID-Umfrage halten 56% der Menschen in Deutschland das Urteil für richtig. 35% lehnen die Entscheidung ab.

Das Jüdische Krankenhaus in Berlin hat bereits Konsequenzen gezogen und führt keine rituelle Beschneidungen mehr durch. Dazu Berlins Gemeinderabbiner Yitzhak Ehrenberg: „Dieses Urteil bedeutet: Juden, ihr seid in Deutschland unerwünscht. Das Urteil entspricht einer Vertreibung der Juden aus Deutschland. Jeder vernünftige Mensch weiß, dass Beschneidung zu den Fundamenten der jüdischen Religion gehört. Juden können nicht in einem Land leben, wo Beschneidung verboten ist.“ Der Bundestagsabgeordnete Serkan Tören kann ein „Verbot der Beschneidung“ nicht hinnehmen, es „wäre das deutlichste Signal an die Muslime in unserem Land, dass sie kein Teil Deutschlands, ja nicht einmal willkommen sind.“

Weitere Informationen

Prof. Dr. Jens Schröter
Dekan der Theologischen Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin
Tel.:
030 2093-5959
E-Mail: dekan.theologie@lists.hu-berlin.de
Levi Salomon
Sprecher Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)
Mobil: 0170-6327421
E-Mail: levi.salomon@gmail.com

Iran und der Westen: eine Zukunft zwischen Diplomatie und Atomkrieg

Montag, 27. Februar 2012

Neue Synagoge Berlin, Oranienburger Straße 28-31, 10117 Berlin

Podiumsdiskussion

Mit:

Marcus Hellwig

Reporter der Bild am Sonntag. Sein Buch „Inshallah – Gefangener im Iran“ erschien am 17. Februar dieses Jahres und berichtet von seiner fünf-monatigen Geiselhaft im Iran.

Oliver Mayer-Rüth

Arbeitet derzeit im ARD-Hauptstadtstudio in Berlin. War bis 2011 ARD-Korrespondent in Israel und den Palästinensergebieten.

Saba Farzan

Deutsch-Iranische freie Journalistin. Schreibt u.a. für Wall Street Journal, Standpoint Magazine, The Commentator, The Australian und Huffington Post und deutschsprachige Medien. Ihre Schwerpunkte sind die iranische Zivilgesellschaft, Iran und USA sowie europäische Iranpolitik.

Moderation:

Jochen Feilcke

Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg

Grußwort:

Lala Süsskind

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Anschließend Empfang.

Die Veranstaltung ist rollstuhlgerecht.

Das Regime im Iran wurde von George W. Bush einst als Teil der „Achse des Bösen“ bezeichnet. Es spricht regelmäßig Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel und den USA aus, leugnet oder relativiert den Holocaust und unterstützt terroristische Kräfte überall auf der Welt. Am 3. Februar 2012 rief der Revolutionsführer Ali Chamenei beim Freitagsgebet zum Feldzug gegen Israel auf: „Das zionistische Regime ist ein Krebsgeschwür in der Region, was herausgeschnitten gehört. Und es wird herausgeschnitten werden“.

Die Opposition im eigenen Land wird gefoltert und ermordet, Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder sexuellen Orientierung diskriminiert, bedroht und umgebracht, sogar durch Steinigungen (1).

Die Angst, das Mullah-Regime entwickle schon in naher Zukunft eine Atombombe, ist nach dem letzten Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde noch realer geworden.

Angeblich hält der US-Verteidigungsminister einen Präventivschlag von Seiten Israels gegen den Iran schon im Frühjahr für wahrscheinlich. Sanktionen bis hin zum Ölembargo ab dem Sommer dieses Jahres wurden jetzt von der EU beschlossen und sollen noch verschärft werden, wenn Iran nicht von seinem Atomprogramm abweichen will.

Der Druck auf den Iran steigt, dennoch zeigen sich die Machthaber unbeeindruckt. Im Februar

wurden Anschläge auf israelische Botschafter in Indien und Georgien und Thailand ausgeübt, Medienberichten zufolge waren sie zumindest mit Mithilfe aus Teheran durchgeführt worden. Auch Deutschland war schon Tatort im Krieg gegen den Westen. Beim Attentat auf das Berliner Restaurant „Mykonos“ wurden im Jahr 1992 vier Menschen vom iranischen Geheimdienst ermordet.

Welche Optionen bleiben dem Westen nun noch, wenn der Iran im Atomstreit nicht einlenkt? Wie soll die deutsche Politik jetzt handeln? Soll Israel einen Alleingang wagen, und wie soll sich im gesetzten Fall Deutschland verhalten? Wie viel Zeit bleibt dem Westen, um die Bombe zu verhindern, und wie kann das geschehen? Wie groß ist der Rückhalt der iranischen Regierung in der Bevölkerung, und wie ist die Stimmung der iranischen Bevölkerung in dieser angespannten Situation?

Diese und weitere Fragen werden wir versuchen auf dem Podium und mit Ihnen zu besprechen.

(1) <http://amnesty.de/jahresbericht/2011/iran#todesstrafe>

3. Pressemitteilungen (Auswahl)

13. Dezember 2012: Bundestag billigt Beschneidungen

Mit großer Erleichterung hat das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) das positive Abstimmungsergebnis zum Beschneidungsgesetz der Bundesregierung im Deutschen Bundestag zur Kenntnis genommen. Dieses Gesetz bedeutet, dass Jüdisches Leben in Deutschland auch weiterhin uneingeschränkt möglich und erwünscht ist.

Viele Juden in Deutschland blicken auf eine unsichere Zeit voll Konfrontation zurück.

Insbesondere der teilweise polemische Ton in dem die Debatte geführt wurde, hat uns erstaunt und erschreckt. Der Verlauf der Debatte, sowie die verwendeten Argumente haben uns ein weiteres Mal schmerzhaft vor Augen geführt, wie wenig Wissen und wie viele Vorurteile gegen das jüdische und muslimische Leben bei einigen Menschen in Deutschland bestehen.

Auch in Zukunft wird deshalb die Auseinandersetzung mit der Thematik nötig sein.

Auch das JFDA hat zu der Debatte einen Beitrag geleistet: Mit Pressemitteilungen, Podiumsdiskussionen und der Kundgebung: „Auf Messers Schneide“. Wir bedanken uns bei allen, die uns bei diesen Veranstaltungen unterstützt haben. Wir bedanken uns auch bei den Menschen, die aktiv an den öffentlichen Debatten teilgenommen haben und das Recht auf freie Ausübung der jüdischen und muslimischen Religion unterstützt haben.

Lala Süsskind (Vorsitzende des JFDA),

Levi Salomon (Sprecher des JFDA)

Berlin, 13. Dezember 2012

26. September 2012: Angriff auf den Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) verurteilt aufs Schärfste den verbalen Angriff auf den Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer.

Am 26.09.2012 feierten die Juden und Jüdinnen den höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, den Tag der Versöhnung. An diesem Tag wurde Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, nach dem Synagogenbesuch mit seinen beiden Töchtern auf offener Straße bedroht. Der Täter erkannte Herrn Kramer wahrscheinlich anhand eines mitgeführten Siddur, einem Gebetsbuch, als Jude; forderte ihn auf, dahin zurückzukehren wo er herkomme und drohte ihm Gewalt an.

Die Häufung judenfeindlicher Vorfälle belastet die Gesellschaft sehr. Antisemitismus ist quer durch die Bevölkerung verbreitet und muss gesamtgesellschaftlich bekämpft werden. Auch die Mehrheitsgesellschaft muss sich mit Antisemitismus auseinandersetzen und die zivilgesellschaftlichen Initiativen, Programme und Aktionen gegen Antisemitismus müssen gestärkt werden.

29. August 2012: Antisemitische Gewalttat

Gestern Abend, am 27. August 2012, wurde in Schöneberg ein 53-jähriger Mann aufgrund seiner Zugehörigkeit zur jüdischen Religion von Jugendlichen vermutlich arabischer Herkunft geschlagen und am Kopf verletzt. Er war in Begleitung seiner sechsjährigen Tochter, die von den Angreifern mit dem Tode bedroht wurde. Nach der Flucht der Gewalttäter wurde der Mann, der aufgrund seiner Kippa als Jude zu erkennen war, im Krankenhaus behandelt. Das Opfer ist einer der ersten Rabbiner, die nach dem Holocaust in Deutschland ordiniert wurden. Er war als Religionslehrer an einer Jüdischen Schule tätig und engagiert sich seit Jahren für den interreligiösen Dialog mit Muslimen und Christen. Er ist schon früher auf offener Straße antisemitisch beleidigt worden.

Dieser Vorfall ist bei weitem nicht der erste in Berlin und in Deutschland. Schon häufiger waren Juden antisemitischen Angriffen ausgesetzt. „Wir sind sehr betroffen über die Gewalttat und hoffen, dass die Staatsanwaltschaft die Täter schnell ermittelt und vor Gericht stellt“, so Lala Süsskind, Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus, und weiter: „Dieser Vorfall zeigt außerdem wie wichtig die Gewaltprävention und Bildungsarbeit ist, die man unbedingt noch vertiefen muss.“

22. August 2012 Pressemitteilung zu religiösen Beschneidungen von Jungen

Anlässlich der Sitzung des Ethikrates des Deutschen Bundestages am 23. August nimmt das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) erneut Stellung zum Kölner Beschneidungsurteil und der laufenden Debatte.

Das Urteil des Kölner Landgerichtes, das Beschneidungen aus religiösen Gründen als unzulässige Körperverletzungen erachtet, hat Jüdinnen und Juden in der ganzen Welt in Aufruhr versetzt. Es war auch der Beginn einer zu weiten Teilen emotional geführten Debatte, welche teilweise die Grenze zum Antisemitismus überschritten hat. Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, bezeichnet die laufende Debatte um religiöse Beschneidungen als „Toleranztest für unsere Gesellschaft“. Für das Judentum ist die Beschneidung mehr als eine Frage der Tradition. Sie gehört zum Kern des jüdischen Glaubens und der Zugehörigkeit zum jüdischen Volk.

Jüdische Eltern, die ihre Knaben gemäß dem jüdischem Gesetz am achten Lebenstag beschneiden lassen, ermöglichen ihm erst dadurch Teil der jüdischen Gemeinschaft zu werden. Gedeckt wird dies auch durch das Recht der Eltern auf die Bestimmung der Konfession ihrer Kinder. Dabei handelt es sich nicht um einen Zwang. Die spätere Entscheidung des religionsmündigen Kindes wird durch eine Beschneidung nicht vorweggenommen.

Ein weiteres Argument, welches im Laufe der Debatte häufig gefallen ist, war der Hinweis auf die Körperverletzung des Kindes bei der Beschneidung. Doch hier muss man zwischen juristischen und emotionalen Begriffen unterscheiden.

Die mehr als 700 Unterzeichner des Offenen Briefes (veröffentlicht in der FAZ am 27. Juli) gegen die Bescheidung setzen sich für eine „Versachlichung der Diskussion“ ein, bewirken jedoch das Gegenteil indem sie pauschal von „(sexueller) Gewalt“ sprechen. Nicht nur, dass diese Juristen und Ärzte die Zirkumzision unzulässig mit der weiblichen Genitalverstümmelung gleichsetzen, sie unterstellen außerdem jüdischen und muslimischen Eltern „eine bemerkenswerte Verleugnungshaltung und Empathieverweigerung“ gegenüber ihrem eigenen Kind.

Die Unterzeichner stellen fest: „Man tut Kindern nicht weh!“ Damit wird jüdischen und muslimischen Eltern latent unterstellt, sie würden diesem Grundsatz nicht folgen. Doch im Judentum genießt das Kindeswohl wie auch bei anderen Religionen oberste Priorität. Dieses mangelnde Vertrauen in die Fürsorge und Empathie jüdischer Eltern verletzt nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern auch jegliche Grundsätze einer sachlichen Diskussion. In dem Offenen Brief werden Grenzen überschritten, die die laufende Debatte emotionalisieren anstatt sie zu versachlichen.

Leider können solche unsachlichen Argumentationslinien auch einen Nährboden für Trittbrettfahrer bieten. Es ist erschreckend, wie im Zuge dieser Debatte vor allem im Internet antisemitische Vorurteile verbreitet werden. So schreibt etwa die NPD Niedersachsen auf ihrer Homepage: „Die NPD [...] wünscht allen Verstümmelungslobbyisten, religiös motivierten Tierquälern und anderen Fanatikern, die uns Deutschen ihre Vorstellung von Religionsfreiheit aufzwingen wollen, eine gute Heimreise!“

Besonders alarmierend ist die Anzeige gegen Rabbiner David Goldberg aus Hof, der wegen seiner Tätigkeit als Mohel (jüdischer Beschneider) von einem der 700 Unterzeichner des Offenen Briefes angezeigt wurde. Zum ersten mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde nun ein Rabbiner wegen der Ausübung seiner religiösen Pflichten bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, berichtet die Jüdische Allgemeine am 21. August. Dies macht die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung zur Knabenbeschneidung deutlich.

Es ist nun die Aufgabe der Politik schnell Rechtssicherheit für jüdische Eltern sowie für Ärzte und Beschneider zu schaffen. Dabei sollten die politisch Verantwortlichen das Kölner Urteil kritisch betrachten. Hans-Jürgen Papier, früherer Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat kommentiert, dass das Urteil „nicht hinreichend die Religionsfreiheit berücksichtigt, die [...] grundsätzlich vorbehaltlos und ohne weitere Einschränkung gewährleistet wird.“ Der Rechtsprofessor Jan Roggenkamp betont, dass die Richter es sich mit dem Urteil zu leicht gemacht haben, es sei „handwerklich unsauber“. Und auch der evangelische Theologieprofessor Jens Schröter ist der Meinung, dass die Richter die Bedeutung für die Religion im Gegensatz zur Stärke des Eingriffes falsch abgewogen haben. Das Kölner Landgericht hat sich bei der Urteilsprechung einseitig auf die umstrittene Rechtsauslegung des Juristen Holm Putzke gestützt.

Eine gesetzliche Regelung muss die Religionsfreiheit sichern, ohne in innere Angelegenheiten des Judentums einzugreifen. „Wir sind bereit mit allen Menschen über das Thema zu diskutieren. Veränderungen des religiösen Ritus können aber nur aus einer Debatte innerhalb des Judentums resultieren. Wir lassen uns nicht von außenstehenden vorschreiben, wie wir unsere Religion zu leben haben“, so Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA.

06. August 2012: Schändung von jüdischem Friedhof in Schmallenberg

Antisemiten haben am Freitag (03.08.2012) den jüdischen Friedhof im nordrhein-westfälischen Schmallenberg verwüstet. Etwa zwanzig Grabsteine wurden umgestoßen und teilweise zerbrochen oder völlig zerstört. „Wir verurteilen diesen abscheulichen Gewaltakt. Unser Mitgefühl ist bei all denen, die den Friedhof als Ort der Andacht nutzen“, so Lala Süsskind, Vorsitzende vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA). „Die Tat zeigt auf erschreckende Art und Weise, dass Antisemitismus in Deutschland durchaus noch virulent ist und sich in Form von solchen Gräueltaten entlädt. Wir sind zuversichtlich, dass der Staatsschutz schnell und sorgfältig in diesem Fall ermittelt und dass die Medien über diese rohe Tat Aufmerksam entsprechend berichten. Es ist erschreckend, dass trotz zivilgesellschaftlichen Engagements antisemitisches Gedankengut und Gewalttaten in Deutschland immer noch zum Alltag gehören.“, so Süsskind weiter.

27. Februar 2012 Neuwahlen des JFDA: Lala Süsskind neue Vorsitzende

Bei Neuwahlen des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus wurde Lala Süsskind zur neuen Vorsitzenden gewählt

Bei der Sitzung des JFDA am 23. Februar wurden Neuwahlen durchgeführt. Dabei wurde Lala Süsskind zur Vorsitzenden und Levi Salomon, bisheriger Vorsitzender, wurde zum Sprecher des Forums gewählt.

Das JFDA ist eine zivilgesellschaftliche Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Demokratie zu stärken und dem Antisemitismus entgegen zu treten. Wir freuen uns, dass unsere Arbeit fortgesetzt werden kann.

Unsere Tätigkeiten liegen im Bereich Bildung, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, Organisieren von Tagungen und Podiumsdiskussionen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, Pressemitteilungen u.v.m.. Wir werden unsere Kooperation mit Institutionen und Gruppierungen, mit staatlichen und Nicht-Regierungs-Organisationen weiterführen, wenn deren Ziel unserem Ziel nahe liegt.

Levi Salomon

4. Sonstiges (Auswahl)

21. November 2012 JFDA sendet Brief an die Bundestagsabgeordneten zum Thema „Beschneidung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser und der nächsten Woche wird wahrscheinlich über einen neuen Gesetzesentwurf bezüglich der Beschneidung von Knaben im Bundestag debattiert. Aus diesem Anlass haben wir einen Brief an die Bundestagsabgeordneten verfasst und versandt (Siehe Anhang).

Den ursprünglich von der Bundesregierung vorbereiteten Gesetzesentwurf, der die Beschneidung unter medizinischer oder fachkundiger Aufsicht ermöglicht, wird nicht nur von jüdischen und muslimischen, sondern auch von anderen zahlreichen Organisationen unterstützt.

Im Bundestag hat sich jedoch eine Gruppe von 63 Abgeordneten formiert, die einen anderen Gesetzesentwurf zur Knabenbeschneidung zur Debatte vorgeschlagen hat (siehe Anhang). Dieser Gesetzesentwurf besagt im Wortlaut: „(...) Voraussetzung (...) ist wegen der Schwere und Irreversibilität des Eingriffs aber die Einwilligung des einsichts- und urteilsfähigen Sohnes, der das 14. Lebensjahr vollendet haben muss.“

Das seit Jahrtausenden bestehende Ritual der Knabenbeschneidung ist eines der wichtigsten Fundamente der jüdischen Religion und diesem wollen sie ein Ende setzen. Wie Dr. Graumann sagte: "Die Abgeordneten, die diesen Entwurf tragen, agieren aus unserer Sicht kaltherzig und haben absolut gar nichts begriffen."

Die Jüdische Allgemeine beschrieb in ihrem Artikel (<http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/14419/highlight/Beschneidung>), dass innerhalb der Fraktionen große Unsicherheit herrsche und es daher nur schwer sei einen möglichen Ausgang der kommenden Debatte zu prognostizieren.

In unserem Brief an die Bundestagsabgeordneten haben wir auch eine aktuelle Studie der American Jewish Community Institute for German-Jewish Relation und ein Dossier des Zentralrates der Juden beigefügt.

Die kommenden Wochen bleiben für uns alle weiterhin angespannt und wir hoffen, dass unser Appell bei den Bundestagsabgeordneten Gehör gefunden hat.

Mit freundlichen Grüßen

Lala Süsskind
Levi Salomon

Anhang 1: Brief des JFDA an die Bundestagsabgeordneten zum Thema „Beschneidung“



**jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus**

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

Johannisstraße 7
10117 Berlin

**Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin**

TELEFON (030) 30875424
FUNK 0170 6327421
E-MAIL:
Levi.Salomon@gmail.com

Sprecher
Levi Salomon

Berlin, den 7.11.2012

Sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete,

seit dem Urteil des Kölner Landgerichts vom 7. Mai diesen Jahres zur Strafbarkeit von Beschneidungen nicht einwilligungsfähiger Jungen aus religiösen Gründen wurde viel diskutiert und viel bewegt.

Bewegt vor allem auch im emotionalen Sinne, da der Verlauf dieser Debatte, sowie die verwendeten Argumente uns ein weiteres Mal schmerzhaft vor Augen führten, wie wenig Wissen und wie viele Vorurteile gegen das jüdische und muslimische Leben bei einigen Menschen in Deutschland bestehen.

Ein Beispiel für dieses Unwissen und die Vorurteile kann u. a. darin gesehen werden, dass ein Vergleich zur weiblichen Genitalverstümmelung gezogen wurde. Dies führte dazu, dass das religiöse Ritual der Beschneidung von Knaben weniger als ein essentieller Bestandteil der jüdischen Religion dargestellt wurde, sondern vielmehr als ein brutales Ritual, das Kinder ein Leben lang verstümmelt und traumatisiert. In der Öffentlichkeit entstand das Bild, dass jüdische und muslimische Eltern rücksichtslos und barbarisch seien, weil sie an diesem Ritual festhalten wollen. So appellierten selbst über 600 Mediziner und Juristen in einem am 21. Juli 2012 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichten offenen Brief: „Man tut Kindern nicht weh!“

Im Rahmen dieser Debatte wurde zudem auch deutlich, dass die meisten Kritiker nicht zugänglich für einen Aufklärungsversuch sind, sondern stur auf ihren Argumenten beharren.

Das bekannte Sprichwort "Zwei Juden, drei Meinungen", trifft im Falle der Beschneidungsdebatte ausnahmsweise nicht zu, da - von wenigen Ausnahmen abgesehen - ein Konsens für das Fortbestehen dieser Tradition innerhalb der jüdischen Gesellschaft besteht. Das seit Jahrtausenden bestehende Ritual der Knabenbeschneidung ist eines der wichtigsten Fundamente der jüdischen Religion, das alle unterschiedlichen Strömungen des Judentums miteinander verbindet. Wie schon von Persönlichkeiten wie Charlotte Knobloch oder Dieter Graumann betont wurde, ist ein Fortbestehen dieser Tradition der Kern für die Zukunft des jüdischen Lebens in Deutschland.

Von der Bundesregierung wurde ein Gesetzesentwurf vorbereitet. Die jüdischen und muslimischen Organisationen unterstützen diesen Gesetzesentwurf ausdrücklich. Das demnächst im Bundestag zu verabschiedende Gesetz wird die Beschneidung von Knaben juristisch regeln. Wir sind zuversichtlich, dass Sie die richtige Entscheidung treffen werden und sich nicht dem Druck der Befürworter des Urteils des Kölner Landgerichts beugen werden.

Ausführliches Informationsmaterial zum Thema „Beschneidung“ wurde vom Zentralrat der Juden und von der American Jewish Community veröffentlicht, welches zur Information als Anhang beigefügt worden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Lala Süsskind	Vorsitzende des JFDA
Levi Salomon	Sprecher des JFDA

16. November 2012 Interview des deutschen Außenministers Guido Westerwelle zur Eskalation im Gaza Streifen

Im Zusammenhang mit der jüngsten Eskalation im Gaza Streifen gab Außenminister Dr. Guido Westerwelle am 16. November 2012 ein Interview im Deutschlandfunk. In dem Interview mit Friedbert Meurer betonte Westerwelle, dass Ursache dieser Eskalation die von der Hamas zu verantwortenden vorherigen Raketenangriffe aus Gaza seien. Diese hätten erheblichen Schaden und auch viele Opfer auf israelischer Seite verursacht.

Auf die Nachfrage Meurers, warum die israelische Operation ausgerechnet jetzt durchgeführt werde, obwohl es die Raketenangriffe der Hamas schon seit Jahr und Tag gäbe, antwortete Westerwelle, dass es jetzt nicht nur „eindringliche Hinweise“ gegeben hätte, sondern auch eine Konzentration an gewaltsamen Vorfällen.

Zudem betonte er, dass die Hamas eine Terrororganisation sei und dass Israel deren Angriffe nicht hinnehmen müsse und jedes Recht habe seine Bürger zu schützen. Es könne sich dabei auf sein Recht zur Selbstverteidigung berufen.

Zum Konflikt im Gaza Streifen hat auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit folgenden Worten Stellung Bezogen: "Es gibt keinerlei Rechtfertigung für den Abschuss von Raketen auf Israel"

Den genauen Wortlaut des Interviews mit Guido Westerwelle „Die Verantwortung für diese Zuspitzung trägt die Hamas“ finden Sie hier:

http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1923419/

Die Äußerung von Angela Merkel aus dem Artikel: „ Hamas feuert Rakete auf Tel Aviv – Luftalarm“ finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/hamas-feuert-rakete-auf-tel-aviv-a-867661.html>

12. April 2012: Zur Debatte um Günter Grass

Das European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) hat im Auftrag der OSZE eine „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ vorgelegt. Sie wird inzwischen auch vom deutschen Bundestag empfohlen. In der Debatte um Günter Grass ließe sich anhand ihrer Vorgaben der Frage nachgehen ob dessen Schmähdgedicht gegen Israel, kurz vor dem Pessach-Fest veröffentlicht, antisemitische Elemente enthält.

Der rassistische Antisemitismus wie im Nationalsozialismus, hat sich seitdem gewandelt. Antisemitismus tritt zum Beispiel im Gewand der Israelkritik auf. Das ist seit vielen Jahren verstärkt zu beobachten: „Der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, [kann] Ziel solcher [antisemitischer] Angriffe sein“, so das EUMC.

Als „Beispiele von Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Staat Israel“ nennt das EUMC

unterschiedliche Motive, die sich teilweise auch bei Günter Grass beobachten lassen:

- „Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.“

- „Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen..., um Israel oder die Israelis zu beschreiben.“

- „Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.“

(vgl. <http://www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/>)

Das Regime in Teheran hat mehrfach zur Vernichtung Israels aufgerufen und Experten haben kaum Zweifel an der militärischen Dimension des iranischen Atomprogramms, das diesem Vernichtungswunsch zur Umsetzung verhelfen würde. Dass hingegen Israel wie jeder andere Staat, der bedroht wird, ein Recht auf Selbstverteidigung hat, führt Grass zu einer überspitzten und dämonisierenden Darstellung. Dass Staaten sich zum Souveränitätserhalt gegen Angriffe von außen verteidigen müssen, scheint bei Grass nur im Falle Israels Gegenstand der Kritik zu werden. In diesem Sinne impliziert er doppelte Standards. Grass malt das Bild eines atomaren Erstschlags und der Auslöschung des iranischen Volkes durch Israel an die Wand. Dieses Schreckensszenario entbehrt jeglicher faktischen Grundlage, weil kein Israeli das je behauptet hat und Israel nicht einmal den Besitz einer Atombombe eingesteht. Täter und Opfer werden so durch Grass verdreht. Der offene Wunsch einer Auslöschung Israels durch das iranische Regime wird auf Israel projiziert. Im Antisemitismus hat so ein projektiver Verfolgungswahn Tradition.

Dass Israel, wie den Juden vorgeworfen wird, sich gegen den „Weltfrieden“ zu verschwören, bedient ein altes antisemitisches Narrativ aus den vom zaristischen Geheimdienst gefälschten „Protokollen der Weisen von Zion“ und ist Teil einer moralischen Delegitimierung. Der tatsächliche Auslöschungswunsch durch das menschenverachtende Regime im Iran wird dagegen zum „Maulheldentum“ bagatellisiert.

Wenig Phantasie bedarf es, um bei Grass eine Gleichsetzung der aktuellen israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus auszumachen. Gefährdung des „Weltfriedens“, „Auslöschung“ und „Gleichschaltung“ sind Begriffe aus dem Nazi-Vokabular, die nun aber auf Israel und die deutschen Medien übertragen werden. Das entspricht einer Strategie der Delegitimierung. Während zwischen einem euphemistisch umschriebenen „Maulhelden“, also Ahmadinejad,

und der von ihm unterjochten iranischen Bevölkerung zu Recht unterschieden wird, tritt Israel bei Grass nur als Kollektivsubjekt in Erscheinung. Auch das ist bedenklich.

Grass gibt vor, ein Tabu zu brechen, in dem er Israel kritisiert und sich so angeblich dem Vorwurf des Antisemitismus aussetze. Der Vorwurf, es gebe Denkverbote, ist Teil einer Opferinszenierung. Israel wird jedoch sehr häufig in den Medien kritisiert, was Grass ignoriert. Doppelte Standards, Delegitimierung und Dämonisierung haben nichts mit (legitimer) politischer Kritik zu tun.

Viele Medien haben Grass zurecht widersprochen. Bestürzend dagegen ist, dass er viel Zuspruch bekommt und dass seine Inhalte von großen Teilen der Bevölkerung geteilt werden. 57 Prozent haben bei einer Onlinebefragung der Financial Times Deutschland die „Israel-Thesen von Günter Grass“ für „richtig“ befunden, weitere 27 Prozent fanden sie „diskutabel“. Teilgenommen hatten fast 20.000 Personen.

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:die-israel-thesen-von-guenter-grass-sind/70019546.html>, Stand 11.4., 14 Uhr.)

Im Rahmen der sogenannten Ostermärsche hat sich die deutsche „Friedensbewegung“ hinter Grass und gegen Israel gestellt. Verschiedene Politiker haben das Gedicht über ihre Internetseiten mit Lob weiterverbreitet. Auch in Neonaziforen wird Grass gefeiert.

Eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus scheint vor diesem Hintergrund dringend geboten zu sein. Eine größere Verbreitung der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der EUMC in Medien und Schulen wäre wünschenswert. Es bleibt noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Die reale Bedrohung Israels durch das iranische Regime muss weiter thematisiert werden. Und jeglicher Form von Antisemitismus und dessen Verharmlosung muss entschieden entgegengetreten werden.

Levi Salomon, Hannes Tulatz

April 2012: Der Angriff der Filmwölfe

Die Filmwissenschaftlerin Felice Naomi Wonnenberg versucht eine Analyse des türkischen Hetzstreifens »Tal der Wölfe – Palästina«

Der Film »Tal der Wölfe – Palästina« bleibt, auch wenn er nicht mehr in den Kinos gezeigt wird, präsent. In sozialen Netzwerken wie Facebook haben sich viele Gruppen und Fan-Seiten gebildet, und auch der Film selbst ist im Internet in voller Länge weiterhin zu sehen. »Tal der Wölfe – Palästina« ist ein gefährlicher, volksverhetzender und perfider Film. Seine angebliche »Niveaulosigkeit«, von der in den deutschen Medien oft die Rede war, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Film geschickt konstruierten und psychologisch wirkungsmächtigen Populismus verkörpert. Doch wie genau bedient der Film die Mechanismen antisemitischen Hasses? Wie gelingt es ihm, historische Ereignisse mit antisemitischen Stereotypen so zu verbinden, dass er zu gefährlicher Propaganda wird? Wie funktioniert der missbräuchliche Transfer von Bildmetaphern, der die inakzeptable Gleichsetzung von Holocaust und den Geschehnissen in der West-Bank zum Ziel hat? »Tal der Wölfe – Palästina«, der ausgerechnet am Holocaustgedenktag, am 27. Januar 2011, in deutschen Kinos anlaufen sollte, wurde vielfach abgetan als billiger Actionfilm, eine dumme Herumballerei, die man am besten ignorieren sollte. Dabei war der Film alles andere als billig: mit 10 Millionen Dollar hält er den Rekord als die teuerste türkische Produktion aller Zeiten. Der Vorgängerfilm in der beliebtesten aller türkischen Serien, »Tal der Wölfe – Irak«, wurde nach Angaben der Produzenten schon von 4,2 Millionen Menschen gesehen (ohne Internet-Downloads). »Tal der Wölfe – Palästina« wurde in Deutschland in mehr als 70 Kinos gespielt. In Neukölln und Wedding reservierten die Kinos Karli und Alhambra ihre größten Säle für den Film. Marianne Zepp, die den Film im Februar in der Böll-Stiftung kritisch zur Diskussion stellte, sagte zum manipulativen Charakter des Streifens: »Der Film arbeitet mit tumben Stereotypen – auf den ersten Blick. Aber zugleich nährt er einen türkischen Nationalismus, der auf Traditionen zurückgreift, die anschlussfähig sind für aktuelle Politik: die Türkei als Schutzmacht Palästinas und damit für die Muslime der Region.« Doch ist der Film in erster Linie kein pro-palästinensischer Film, sondern ein Film, der die palästinensische Geschichte benutzt, um mit einem türkischen Helden türkischen Nationalstolz zu feiern. Dabei bedient sich der Film an Bildern des europäischen Antisemitismus und transportiert sie in einen Kontext, wo er historisch nichts zu suchen hat: in den Nahost-Konflikt. Eines der schlimmsten antijüdischen Hetzbilder des Mittelalters, des »Juden als Kindermörder« legt dieser Film deckungsgleich auf eine israelische Filmfigur: auf Mosche, den Leiter des israelischen Militärs. Im Film sieht man eine Szene, in der Mosche befiehlt, ein palästinensisches Haus abzureißen. Er lässt die Familie mit Waffengewalt aus dem Haus treiben und betritt dann selber das Wohnzimmer. Dort trifft er den querschnittsgelähmten Sohn der Familie und schleudert ihn aus seinem Rollstuhl. Er verhöhnt den hilflos am Boden liegenden Jungen, geht aus dem Haus und befiehlt dessen Abriss. Wissend, dass der Junge qualvoll unter den einstürzenden Hausteilen zu Tode kommen wird, genießt er sadistisch grinsend die Szene. Dieser angebliche israelische Sadismus wird noch betont durch die Inszenierung der Figur der palästinensischen Großmutter, die in diesem Szenario vergeblich die israelischen Soldaten um Gnade bittet. Sie wird von ihnen angeschossen, als sie ihrem Enkel zur Hilfe eilen will. Auf allen Vieren lassen die Filmemacher sie auf die Ruinen des Hauses zukriechen und mit bloßen Händen nach ihrem Enkel graben. Die Figur des Militärkommandanten Mosche wird demagogisch als paradigmatisch für »die« Israelis vorgestellt, denn er ist eine der nur drei israelischen Figuren, die im Film persönlich eingeführt werden. Alle drei sind negativ beschrieben. Die

»Masse« der Israelis wird dem Zuschauer nur als unter Kampfhelmen versteckte anonyme Soldaten präsentiert. Als Väter, Liebhaber, Büroangestellte oder Tomatenverkäufer dürfen sie nicht erscheinen, nur als Killer. Diese im »Zeichen des Davidsterns agierenden Bösewichte« halten dann auch alle fest zusammen, wie der Film suggeriert – eine verschworene globale »Volksgemeinschaft eines Blutes«, des »Weltjudentums«, wie sie die »Die Protokolle der Weisen von Zion« behauptet, eine Verschworenheit, die über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg festgeschrieben sei. Der Film greift das aus den Tagesmedien bekannte Bild eines wahren Ereignisses auf, das Bild israelischer Bulldozer, die ein palästinensisches Haus abreißen. Damit soll Wahrheitsanspruch und Glaubwürdigkeit für den gesamten Film geltend gemacht werden. Was der Film jedoch auslöst, ist die gegenseitige Bedingung von Aggression und Gegenaggression im Nahen Osten. Es zeigt das Ereignis nicht als eine israelische Reaktion auf Terror, sondern vermittelt es als originäre Boshaftigkeit der israelischen Filmfigur, die als Grausamkeit gegen die palästinensische Familie gerichtet ist und im sadistischen Mord an dem behinderten Kind gipfelt. In einer anderen Szene werden Bildmetaphern missbräuchlich transferiert. Eines der stärksten Bilder der Filmgeschichte ist ohne Zweifel die Szene in „Schindlers Liste«, in der eine Frau im roten Kleid durch die Ruinen des Warschauer Ghettos irrt. Auch in »Tal der Wölfe – Palästina« irrt eine Frau im roten Kleid durch die WestBank, deren Städte als zerschossene schwarz-weiße Häuserruinen präsentiert werden. Damit setzt der Film auf einer emotionalen Bildebene agierend das Schicksal der Palästinenser in der West-Bank mit dem Schicksal der Juden im Holocaust gleich. Der kriegs-ähnliche Konflikt im Nahen Osten, in dem beide Seiten schmerzlich in einem Teufelskreis der Gewalt verwickelt sind, wird einem einseitig gesteuerten Genozid, dem Holocaust, bildlich gleichgesetzt. Dass dabei die Opfer des ursprünglichen Filmbildes hier nun zu den allein verantwortlichen Tätern erklärt werden sollen, ist kein Zufall. Der Film bestätigt diese Strategie auch in der Verwendung des Symbols des Davidsternes. Nicht die israelische Flagge ist auf Armeejeeps und Wänden der Kommandozentrale und des israelischen Gefängnisses aufgemalt, sondern immer und immer wieder einzig der Davidstern. So wird im Film das Zeichen der jüdischen Religion, der Davidstern, und nicht das Symbol des Staates Israel zum Objekt, gegen den sich die Abscheu und der Hass des Zuschauers richten sollen. Die Absicht des Framings ist eine höchst einseitige Emotionalisierung der Zuschauer, mit jedem Bild, jedem Ton und jedem Dialog. Die Kamera ist so eingestellt, dass sie nur Aggression von israelischer Seite und nur friedvolle Hilflosigkeit von Seiten der Palästinenser abbildet; damit bildet sie die politische Einstellung ab, die die Filmemacher transportieren und ausnutzen wollen. Auch der Pera Verleih, der dieses Machwerk in Deutschland vertreibt, bedient sich dieser Verquickung von Tagesereignissen und Manipulation, indem er den rein fiktionalen Film auf seiner Website ankündigt mit: »Der aufsehenerregende Film ist der gnadenlosen und dramatischen Unterdrückung Palästinas gewidmet«. Ehrlicher, aber weniger publikumswirksam wäre es zu formulieren: Der Film bedient sich der Geschichte der Palästinenser nur, um einem erfundenen türkischen Superhelden eine Bühne zu bieten, auf der er sich heroisch hochstilisieren kann; denn alles, was die Palästinenser in Jahrzehnten nicht geschafft haben, erreicht dieser Recke in ein paar Tagen.